

# Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Draufschick: Tagesblatt Rieser, Gernus Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und des Rates der Stadt Rieser, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postkontos: Leipzig 21004, Wicelasse Rieser Nr. 52.

Nr. 244.

Dienstag, 19. Oktober 1920, abends.

73. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 4.— Mark ohne Zustellung, bei Wochenausgabe 1.10 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite, 1 mm hohe Grundschrift-Zeile (7 Spalten) 1.10 Mark, Ortspreis 1.— Mark; zeitrauend und tabellarisch bis 50%, Aufsatz-, Nachweilungs- und Bezeichnungsgelder 30% extra. Bestellungen, die durch Nachzahlung eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät, Zahlung- und Erfüllungsort: Rieser. Vierzehntägige Unterhaltungsbeilage „Frischer an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Dönges & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Grotzschtr. 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Dönges, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Rieser.

Die Maul- und Klauenseuche ist ausgebrochen in Radewitz bei Oswald Lehmann. Auf die amtliche Bekanntmachung wegen des Ausbruchs der Seuche in Radewitz wird hingewiesen.

Ersuchen ist die Maul- und Klauenseuche in Promnitz bei Rich. Goffe. Die Schutzmaßnahmen für dieses Gebiet werden aufgehoben. Die Gemeinde Promnitz wird als Beobachtungsgebiet erklärt.

Großenhain, am 16. Oktober 1920. Die Amtshauptmannschaft.

## Verlorene Lebensmittelkarten betr.

In der letzten Zeit mehren sich die Gesuche um Ersatzleistung von Lebensmittel- und Warenbesorgungskarten aller Art unter dem Vorbringen, daß die bisherigen Karten in Verlust geraten seien.

Es wird daher nochmals auf die in den verschiedenen Bekanntmachungen des Kommunalverbandes Großenhain ausdrücklich getroffenen Bestimmungen, daß Ersatz nicht gewährt wird, hingewiesen. Wir haben Beweise dafür in den Händen, daß vielfach der Verlust nur vorgetrieben wird, um ein Mehr zu erlangen. Wir werden daher künftighin andernfalls alle Gesuche um Ersatzleistung von verlorenen Karten ablehnen. Solche Gesuche einzureichen ist also zwecklos.

Es liegt im Interesse eines Jeden, die Lebensmittel- und Warenbesorgungskarten sorg-

fältig zu verwahren, daß sie nicht von Dritten, insbesondere von Kindern erlangt, bezw. verloren oder vernichtet werden können.

Der Rat der Stadt Rieser, am 18. Oktober 1920. Die.

Die Zehnhof-Schankwirtschaft ist vom 1. April 1921 ab anderweitig zu verpachten. Die Pachtbedingungen können im Rathaus, Zimmer Nr. 2, eingesehen werden. Bewerbungen mit Pachtinsanerbiet werden bis Ende Oktober erbeten. Zurückweisung aller Angebote bleibt vorbehalten.

Der Rat der Stadt Rieser, am 18. Oktober 1920. Die.

Wir machen hiermit nochmals darauf aufmerksam, daß die Wählerlisten für die am 14. November 1920 stattfindende Landtagswahl bis zum 24. Oktober 1920 in der Zeit von vormittags 8—12 Uhr im Rathaus, Einwohnermeldeamt, Zimmer Nr. 14, eingesehen werden können.

Der Rat der Stadt Rieser, am 19. Oktober 1920. Die.

Das unter Nr. 12/1920 ausgeschickte Arbeitsbuch für den Arbeiter Kurt Arthur Rudi Sähne, geboren am 6. 5. 06 in Wehlitz b. Dresden, ist verloren gegangen und wird hiermit für unanfällig erklärt.

Die da bei Rieser, am 19. Oktober 1920. Der Gemeindevorstand.

Öffentliche Gemeindevorstandssitzung Mittwoch, den 20. Oktober 1920, abends 8 Uhr im Rathaus Gröba.

Die da bei Rieser, am 18. Oktober 1920. Der Gemeindevorstand.

## Das Ruhrgebiet und die Bergarbeiterbewegung in England.

Aus dem Ruhrgebiet wird uns geschrieben:

Die Spannung verlagert die Knappschaft des Ruhrgebietes die Bergarbeiterbewegung in England. Kommt es dort zum Streik, dann ist hier ein Anwachsen der in letzter Zeit etwas zurückgegangenen radikalen Strömung zu erwarten. Die Ruhrbergleute sind mit manchem unzufrieden. Sie erwarten von dem am 18. Oktober beginnenden Verhandlungen über ihre Lohnforderungen eine Erfüllung ihres Verlangens, den Schichtlohn um 6 Mark zu erhöhen. Zwar hat man sich damit begonnen, mit einem Aufwand von 200 Millionen Mark (500 Mark auf den Kopf der Belegschaft), den Bergmannskassen Schube und Zuschüsse zu einem ein Drittel niedrigeren Preise zu liefern, aber erhalten die Bergarbeiter Zuschüsse (bis zu 120 Renten im Jahr) zu 50 Wg. den Renten, auch bekommen sie billigere Lebensmittel usw., allein sie behaupten, noch niedriger bezahlt zu sein als einige andere Arbeiterkategorien. Der Schichtlohn beträgt zurzeit rund 60 Mark für die eigentlichen Bergleute, und sie verlangen mit dem doppelt bezahlten Heberlohn durchweg dreifach. Das ist natürlich nur mit äußerster Kraftanstrengung möglich. Im allgemeinen schwankt der Verdienst unter Ermehrung der Sondervergütungen zwischen 2000 und 3000 im Monat, im Mittel 2300 Mark.

Die Bergleute verlangen außerdem eine Erhöhung der Knappschaftlichen Leistungen, was eine jährliche Mehrleistung von 500 Millionen Mark nach dem Kapitalbedarfsverfahren bedeutet. Die Generalversammlung des Allgemeinen Knappschaftsvereins hat diese weitgehenden Forderungen bekanntlich abgelehnt. Die Werksbesitzer haben sich nur bereit erklärt, daß die Altersrenten erhöht werden und hierfür aus ihrer Tasche auf ein Jahr 35 Millionen Mark bewilligt.

Weiter sind die Bergleute, soweit sie linksorientiert sind, ungehalten über die langsame Arbeit innerhalb der Sozialisierungsbestrebungen. In manchen Kreisen wird bereits Stimmung dafür gemacht, am 1. November eigenmächtig Beschluß von den Sechen zu ergreifen.

So sieht es nicht an allererst Rindfleisch im Ruhrgebiet. Die Unzufriedenheit wird genährt von den Elementen, die von Moskau ihre Instruktionen erhalten. Eine Bewilligung der Lohnforderungen würde nach den Annahmen der Werksbesitzer die Tonne Kohlen mit 6 Mark belasten; ebenso hoch würde der Aufwand sein bei Erfüllung der knappschaftlichen Wünsche. Daß eine Kohlenpreiserhöhung gegenwärtig aber unserer Industrie den Lebensnerven ganz abhandeln würde, verhehlen sich auch die Bergleute nicht; sie meinen eben, daß der Bergbau die Lasten tragen sollte ohne Kohlenpreiserhöhung. Es wird Aufgabe der Sachverständigen sein, das nachzuweisen. Es ist zu hoffen, daß die Bergleute sich trotz ihrer Beschwerden nicht zu Unbesonnenheiten verleiten lassen, die unser Wirtschaftsleben einfach nicht ertragen kann.

## Der Bergarbeiterstreik in England.

Wie gemeldet wird, glauben die Bergleute imstande zu sein, den Streik mindestens sechs Wochen lang durchzuführen. Emillie begründet seine vor Abbruch der Verhandlungen eingenommene Haltung in einer Erklärung, in der es heißt, das Scheitern der Einigungsverhandlungen sei durch die Hartnäckigkeit der Regierung verschuldet, die doch eigentlich hätte wissen müssen, daß noch weitergehende Forderungen begründet seien.

Als nächste Folge des Streiks nimmt die Arbeitslosigkeit in England bereits einen großen Umfang an. In Südwales sind 250 000 Arbeiter ohne Beschäftigung, weil die Stahlwerke, die Gießereien und die Walzwerke sofort den Betrieb einstellen. In Schottland feiern 85 000, in Spanien werden am kommenden Sonntag 100 000 Arbeiter arbeitslos sein. Im Tone-Industriegebiet sind 20 000 Arbeiter ausgeperrt, in der Grafschaft Dorham 10 000. Im Bezirke Glasgow werden innerhalb weniger Tage eine große Anzahl von Stahlwerken, Gießereien und anderen Metallwerken schließen müssen.

Der Führer der Kohlenarbeiter Sadgess sandte der Presse eine Mitteilung, in welcher er behauptet, die Forderung der Regierung habe den Kohlenarbeitern keine andere Alternative übrig gelassen. Er führt die langhinziehenden Verhandlungen als Beweis für den Wunsch der Arbeiter nach Frieden an und rechtfertigt die Forderungen einer

Lohnerhöhung mit den täglich steigenden Preisen aller Verbrauchsartikel. Die Arbeiter könnten sich nicht darauf einlassen, die Lohnfragen einem Schiedsgericht zu unterbreiten, das selbst bei voller Unparteilichkeit den Arbeitern keine Garantien bieten könne. Tatsache sei eben, daß die Kohlenarbeiter jegliches Vertrauen zu der Regierung verloren hätten. Sie wären sich wohl bewußt, welche Opfer der Streik ihnen selbst, ihren Familien und der Allgemeinheit auferlegen würde, aber die Spaltung der Regierung lasse ihnen keinen anderen Ausweg.

Lord George richtete eine Botschaft an das englische Volk, in der er sagt, daß die Regierung alles getan habe, um die Katastrophe eines Bergarbeiterstreiks zu verhindern. Der Premierminister ermahnt dann zur Sparsamkeit und betont, daß die Unternehmer versuchen müssen, die Arbeitslosigkeit in ihren Betrieben solange wie möglich zu vermeiden.

Der Führer der englischen Eisenbahner Thomas hat einen Appell an die Eisenbahnarbeiter gerichtet, in dem er sie in Anbetracht des Bergarbeiterstreiks ermahnt, den Anordnungen der Führer Folge zu leisten. Thomas wird wahrscheinlich den großen Einfluß, den er bei den Eisenbahnen besitzt, anwenden, um zu verhindern, daß der Streik auf sie überreift. Er begrüßt das Anerbieten Lord Georges, jederzeit zu verhandeln, und tritt dafür ein, daß das Parlament sich mit der Lage befaßt, da es sich beim Bergarbeiterstreik keineswegs um einen Kampf zwischen Kapital und Arbeit, sondern zwischen der Regierung und den Bergarbeitern handele. Auch Clones bemüht sich darum, eine Einigung herbeizuführen.

## Frankreich ohne Sorgen.

In einem Artikel über den englischen Bergarbeiterstreik erklärt die „Action Française“, sie mache sich keine Sorge über die Wirkung des Streikes auf Frankreich, da ja die Kohlenvorräte der französischen Bahnen, Industriezentren usw. für Monate hinaus ausreichen. Dieser verhältnismäßige Ueberfluß rühre von den deutschen Kohlenlieferungen her und von der Produktion der nordfranzösischen Bergwerke, die seit Juli über 100 000 Tonnen zugenommen habe.

## Die Spaltung der U. S. V. D.

tritt im Reichstag rein äußerlich dadurch zu Tage, daß bereits am Montag nach dem rechten Flügel der U. S. V. D., zu dem nach dem augenblicklichen Stande 59 Abgeordnete gehören, eine Fraktionslösung abzieht, in der die Lage der Partei nach der Spaltung besprochen wurde. Zu irgend welchen greifbaren Resultaten hat diese Aussprache bisher nicht geführt, angenommen wurde jedoch ein Protest gegen die Ausweisung der beiden Ruffenführer Sinowjew und Solowoff. Wie wir hören, ist der rechte Flügel der Ansicht, daß ihm die Vizepräsidentenstelle im Reichstage, die zur Zeit Dittmann inne hat, nach wie vor zustehe, um so mehr, als bei dem Charakter des Reichstagswahlgesetzes als einer Listenwahl die durch das Ausschneiden des linken Flügels etwa frei werdenden Mandate automatisch aus der bestehenden U. S. V. D. Liste ergänzt werden. Sollte jedoch die Deutsche Volkspartei, die entsprechend ihrer Mitgliederzahl an nächster Stelle steht, Anspruch auf den Vizepräsidenten erheben, so will der rechte Flügel diesem Ersuchen keinen ernstlichen Widerstand entgegensetzen.

Der linke Flügel der U. S. V. D., der sich vorläufig U. S. V. D. (Gruppe Eickhorn) nennt und zur Zeit 22 Abgeordnete zählt, hat für Dienstag vormittag eine eigene Fraktionslösung einkufen. Wie bereits auf dem Parteitage in Halle zum Ausdruck gebracht wurde, stehen beide Flügel auf dem Standpunkt, daß sie Rechtsnachfolger der alten U. S. V. D. seien.

Im Kampf um Presse und Parteikasse der U. S. V. D. befehlet am Montag Anhänger des linken Flügels das „Vollere Volksblatt“ und das Parteisekretariat.

Wie eine Berliner Korrespondenz meldet, hat Sinowjew an einer Besprechung im Berliner Roten Bollungsrat teilgenommen, in der er unbeschränkte Geldmittel für die sofortige Aufnahme des Entschuldigungsstempels in Deutschland zur Verfügung stellte. Nach einer den „N. N.“ aus Rotterdam zugegangenen Meldung berichtet ferner die englische „Morningpost“ aus Helmsford: Nach einem Bericht der „Gromba“ hat der russische Gewerkschaftsdeputierte Solowoff 30 Millionen Rubel nach Deutschland mitgenommen zur wirtschaftlichen (19) Unterstützung der notleidenden deutschen Arbeiterkraft.

## Die Wahlen in Oesterreich.

Die Wahlen für die deutsch-österreichische Nationalversammlung haben einen Sieg der bürgerlichen Parteien gebracht. Vermutlich wird das neue Parlament bestehen aus: 84 Christlich-Sozialen, 69 Sozialdemokraten, 21 Großdeutschen und dem Grafen Czernin. Nach Abzählung der Abgeordneten in Deutsch-Süd-Tirol hat das alte aus 159 Abgeordneten bestehende gegenüber der heutigen Ziffer 175. Es zählte 69 Sozialdemokraten, 63 Christlich-Soziale, 24 Großdeutsche und je 1 Demokrat, Jüdisch-Nationalen und Schweden. In Wien erhielten bei der vorerzählten Wahl nach endgültiger Zählung die Sozialdemokraten insgesamt 436 369 Stimmen gegen 313 145 im Vorjahre, die Christlich-Sozialen 279 966 gegen 210 548, die Großdeutschen 78 149 gegen 63 983. Zu dem Ergebnis der Wahlen schreibt die „Wiener Arbeiterzeitung“, daß von einer weiteren Zusammenarbeit der Sozialdemokraten mit den Christlich-Sozialen keine Rede sein könne und daß der Weg zur Fortsetzung des Klassenkampfes wieder frei sei. Nach den heutigen Parteiverhältnissen dürfte der Präsident der Republik keiner der großen politischen Parteien entnommen werden, sondern eine außenstehende Persönlichkeit herangezogen werden. Man spricht von dem früheren Justizminister Dr. Franz Klein und dem ehemaligen österreichischen Ministerpräsidenten Wladimir Bed: Staatskanzler wird ein Christlich-Sozialer werden, entweder Weiskirchner oder der Unterhändler von St. Germain Dr. Girtler. Den Voten des Präsidenten der Nationalparlamentarier beanspruchen die Christlich-Sozialen ebenfalls für sich.

## Tagesgeschichte.

### Deutsches Reich.

Getreuekosten der Kartoffeln. Unter der Marke „Zur Aufklärung“ veröffentlicht der Pommerische Landbund folgende Darstellung: „Es haben im Oktober 1919, im Februar 1920 und im September 1920 auf Veranlassung der Landwirtschaftskammer für Pommern, teils durch Herrn Dr. Förderer (Stettin), teils durch Herrn Rittergutbesitzer Sahn in Landsdorf, Kr. Grimmin, Ertragsberechnungen für Feldfrüchte stattgefunden. Der Ertragsberechnung ist guter Mittelsboden zugrunde gelegt. Die Getreuekosten für Kartoffeln seien hier besonders angeführt. Für die Kostenberechnung haben die jeweils geltenden Lohnsätze und sonstigen tatsächlichen Aufwendungen nach wirtschaftlich üblichen Grundätzen als Anhalt gedient. So sind z. B. eingelegt im:

	Nov. 19	Febr. 20	Sept. 20
1 Vierdegepann, d. 5.			
3 Vierde je Tag	39,—	72,—	97,40
1 Vierdeknacht je Tag	9,—	13,—	13,—
1 Mann je Tag	8,—	12,—	12,—
1 Frau je Tag	5,—	8,—	8,—
1 Hofadler je Tag	4,—	5,—	5,—
Kartoffelbuddelohn je			
Fentner	1,50	3,—	3,—
50% iars Kalifals je Str.	14,—	24,—	32,—
Stallmist je Str.	1,50	3,—	3,—
Ackerpacht bzw. Verzinsung je Morgen	30,—	30,—	30,—
Darauf ergeben sich an Getreuekosten je Morgen im			
Nov. 19	480,—	1097,98	1058,99

Es betragen danach die Getreuekosten je Str. bei einer Ernte v. 75 Str. 6,40 14,64 22,12 bei einer Ernte v. 60 Str. 8,— 18,30 27,65 bei einer Ernte v. 40 Str. 12,— 27,45 41,47

Die Kartoffelernte 1919 ergab einen Durchschnittsertrag von 60 Str. je Morgen. Der Preis für den Erzeuger stieg von 8 Mk. im August 1919 auf 14,75 Mk. im Februar 1920, deckte somit die Getreuekosten. Die Kartoffelernte 1920 ergibt etwa 50 Str. je Morgen. Nimmt man getrockt 60 Str. an, so beträgt der Getreuepreis 27,65 Mark für unfortierte Kartoffeln. Der Städter verlangt jetzt wieder fortierte Kartoffeln, der Landwirt will diese mit 25 Mark frei seiner Bahnstation liefern. Kann da von einem Kartoffelwunder die Rede sein?

Berond kehrt nach Oberschlesien zurück. Der Präsident der Interalliierten-Kommission in Oberschlesien, General Berond, hat Sonntag Paris verlassen. Er will am heutigen Dienstag in Opatow eintreffen.

Ungarn als Flugblätzer. In Soderheim im Nabelthal beanpruchen die Franzosen 120 Morgen besten Kulturlandes zur Errichtung von Flugplätzen. Der Besitzer, meißt